



Informationen, Analysen, Politik, Forschung
und Veröffentlichungen

www.generationenvertraege.de

Pflege als neuer Beschäftigungsmotor? Entwicklung des Personalbedarfs in ambulanter und stationärer Pflege

Angesichts des bevorstehenden demografischen Wandels wird sich die Zahl der erwerbsfähigen Personen künftig deutlich verringern und damit die Situation am Arbeitsmarkt grundlegend verändern. Diese Erkenntnis setzt sich auch zunehmend auf der Seite der Unternehmen durch, die in unterschiedlicher Form versuchen, sich auf einen Mangel an Arbeits- bzw. Fachkräften vorzubereiten. Gleichzeitig ist auf Grund der steigenden Lebenserwartung und der damit einhergehenden Zunahme der Pflegefälle gerade auch die Personalbedarfsplanung im Pflege-sektor von Interesse. Entscheidend wird dabei sein, wie sich zukünftig die Pflege durch Angehörige im Verhältnis zur Pflege durch professionelle Anbieter entwickelt.

Trend zur professionellen Pflege nachhaltig?

Seit Einführung der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) im Jahr 1995 lässt sich ein verändertes Nachfrageverhalten bzgl. der Pflegeleistungen hin zu mehr professioneller Pflege beobachten. Dabei äußert sich der Trend von ambulanter zu stationärer Pflege, der sogenannte „Heimsog-Effekt“, in einem Anstieg der Heimquote von etwa 28 Prozent im Jahr 1997 auf mittlerweile 32 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der Pflegegeldempfänger – also jener Pflegebedürftigen, die durch Angehörige informell versorgt werden – im selben Zeitraum von etwa 56 Prozent auf 47 Prozent. Somit hat die aus Sicht der Pflegekassen deutlich teurere formelle Pflege durch professionelle Anbieter sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft untersuchte das FZG mit freundlicher Unterstützung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (bGw), ob sich der Trend hin zu mehr professioneller Pflege in den kommenden Jahrzehnten weiter fortsetzen oder aber ins Gegenteil umkehren wird. Um den

zukünftigen Personalbedarf an professionellen Pflegepersonen zu prognostizieren, wurde zunächst bestimmt, in welchem Ausmaß künftige Pflegefälle noch durch ihre Angehörigen - sog. informelle Pflegepersonen - versorgt werden können.

Ermittlung der informellen Pflegepersonen

Die Berechnung der informellen Pflegepersonen in dem genannten FZG-Diskussionspapier beschränkt sich auf die Pflegeleistungen der Ehegatten und Kinder. Dies ist insofern unproblematisch, als eine Infratest-Erhebung aus dem Jahr 2003 zeigt, dass die Pflege in Privathaushalten zu etwa 70 Prozent vom (Ehe)partner/in, leiblichen Kindern sowie den Schwiegertöchtern geleistet wird. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Änderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Anzahl der Pflegefälle, der Erwerbsbeteiligung sowie der Wahrscheinlichkeit mit einem Partner zusammen zu leben, wird die Zahl der informellen Pflegepersonen von etwa 1 Mio. auf 1,2 Mio. bis zum Jahr 2050 ansteigen (Abbildung S. 2). Während die Anzahl der Partnerpflegepersonen von 370.000 im Jahr 2005 und 380.000 Personen im Jahr 2050 in etwa konstant bleibt, steigt die Zahl der Kinderpflegepersonen (d.h. der Kinder, die künftig ihre Eltern pflegen werden) von 630.000 (2005) auf 820.000 Personen (2050) um etwa 30 Prozent deutlich an. Diese Entwicklung ist zu einem Großteil auf den Anstieg der Scheidungsrate beigleichzeitigem Rückgang der Eheschließungen zurückzuführen. Der daraus resultierende Rückgang der Wahrscheinlichkeit mit einem Partner zusammen zu leben wirkt sich negativ auf die Zahl der pflegenden Partner aus. Demgegenüber steigt die Nachfrage nach informeller Pflege durch die eigenen Kinder weiter an, da statt dem fehlenden Partner nun die eigenen Kinder in die Pflicht genommen werden.

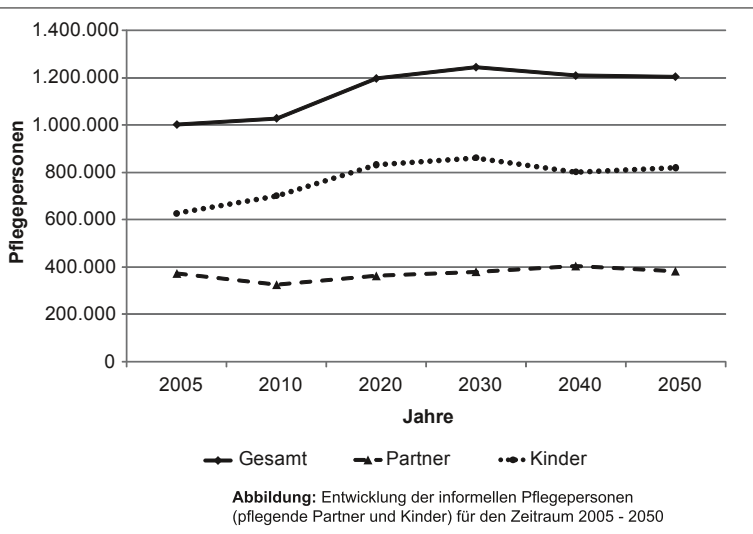
Inhalt:

Pflege als neuer
Beschäftigungsmotor
S.1

Interdisziplinäre
Forschungskooperationen
S.2

FZG-Ergebnisse
S.3

FZG-Standpunkt
S.4



Ist der „Heimsog“ noch zu stoppen?

Die künftige Entwicklung der Relation von informeller zu professioneller Pflege ist entscheidend dafür, inwieweit von einem nachhaltigen „Heimsog-Effekt“ ausgegangen werden muss. Daher wurde der Pflegeanteil der Angehörigen an allen Pflegeleistungen berechnet und im Zeitverlauf durch die Veränderung des so definierten Pflegequotienten beschrieben. Bis zum Jahr 2050 ist bei konstanten Pflegewahrscheinlichkeiten mit einem Anstieg der Zahl der Pflegefälle von heute 2,1 Mio. auf etwa 4,4 Mio. zu rechnen. Dieser Verdopplung steht die geringe Steigerung der Zahl der Pflegepersonen gegenüber, die im gleichen Zeitraum lediglich mit dem Faktor 1,2 ansteigt. Der Pflegequotient sinkt dementsprechend bis zum Jahr 2050 um etwa 42 Prozent. Die Ergebnisse deuten somit für die Zukunft auf eine Fortsetzung des „Heimsog-Effekts“ hin. Dabei ist sowohl mit einem absoluten als auch

relativen Anstieg der Nachfrage nach formellen Pflegeleistungen durch professionelle Anbieter zu rechnen, da die Pflege durch Angehörige nach heutigem Kenntnisstand nicht in der Lage sein wird, den Anteil informeller Pflegeleistungen in Zukunft konstant zu halten.

Pflege als neuer Beschäftigungsmotor?

Somit stellt sich die Frage, wie sich die nicht durch Angehörige versorgten Pflegefälle auf die ambulante und die stationäre Pflege verteilen werden. Derzeit kommen auf einen ambulanten Sachleistungsempfänger etwa 1,5 stationäre Pflegefälle. Bleibt dieses Verhältnis auch in Zukunft bestehen, so wird die Anzahl der stationären Pflegefälle auf etwa 1,9 Mio. und die der ambulanten Sachleistungsempfänger auf 1,3 Mio. bis zum Jahr 2050 ansteigen. Aus der berechneten Nachfrage nach professioneller Pflege wurde schließlich der Personalbedarf im Pflegesektor ermittelt. Bei einer weiterhin konstanten Teilzeitquote der Pflegekräfte von 71 Prozent im ambulanten Sektor und 54 Prozent im stationären Bereich wird sich der Personalbedarf von heute 760.000 auf 2,2 Mio. Pflegestellten bis zum Jahr 2050 nahezu verdreifachen. Bei einem demografiebedingten Rückgang aller Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 38,7 Mio. auf ca. 27,4 Mio. würde sich der Anteil der Beschäftigten dieses Wirtschaftszweigs von heute 2 Prozent auf 8 Prozent bis zum Jahr 2050 sogar in etwa vervierfachen. Demnach ist also durchaus davon auszugehen, dass in Zukunft immer mehr Arbeitskräfte im Pflegesektor eine dauerhafte Beschäftigung finden werden und die Pflege damit zum Beschäftigungsmotor wird. ■th

Interdisziplinäre Forschungsk Kooperationen am FZG

Bereits 1945, direkt nach der Einführung des Penicillins, warnte sein Entdecker Sir Alexander Fleming vor der unangemessenen Nutzung der ersten Antibiotika. Schon damals wurde befürchtet, dass die Bildung und Verbreitung resistenter Erreger die Effektivität von Antibiotika nachhaltig schmälern könne. Inzwischen droht die Ära der Antibiotika tatsächlich zu Ende zu gehen, weil immer mehr Bakterien gegen die Mittel unempfindlich werden. Diese Entwicklung gab einen Anstoß für fruchtbare Forschungsk Kooperationen zwischen Ökonomen und Medizinern – nicht zuletzt auf Grund der mit dem Antibiotikaeinsatz verbundenen beträchtlichen volkswirtschaftlichen Kosten. Auch das FZG arbeitet in unterschiedlichen interdisziplinären Forschungs-

projekten im Querschnittsfeld zwischen Ökonomie und Medizin.

Antibiotika – Wundermittel von gestern und volkswirtschaftliche Kosten von morgen

In Kooperation mit dem Universitätsklinikum Freiburg untersuchte das FZG die Verbreitung antibiotika-resistenter Bakterien. Im Rahmen einer gemeinsamen Studie wurde anhand einer ökonomischen Zeitreihenanalyse der Einfluss des Antibiotikaeinsatzes und der Nutzung alkoholischer Händedesinfektionsmittel auf die Verbreitung methicillin-resistenter *Staphylococcus aureus* (MRSA) Stämme analysiert. Das kugelförmige Bakterium *Staphylococcus aureus* kommt überall in der Natur vor



und lebt bei vielen Menschen unbemerkt auf der Haut oder in der Nase. Die resistente Variante des *Staphylococcus aureus* erweist sich gegen die meisten Sorten von Antibiotika als immun und wird daher auch als multi-resistent bezeichnet. Die Ergebnisse der Zeitreihenanalyse zeigen, dass die Nutzung alkoholischer Händedesinfektionsmittel mit der Verbreitung von MRSA stark negativ korreliert. Eine Mehrnutzung von Händedesinfektionsmittel führt damit zu einer geringeren Anzahl von Infektionen mit MRSA im Klinikum. Ebenso konnte der Einfluss verschiedener Breitspektrum-Antibiotika auf die Verbreitung von MRSA nachgewiesen werden. Durch die Zusammenarbeit von Medizinern und Ökonomen wurde somit ein lange vermuteter Zusammenhang nachgewiesen: der Einsatz be-

stimmter Breitspektrum-Antibiotika fördert die Verbreitung resistenter Erreger.

Inwiefern die Verbreitung multi-resistenter Erreger ökonomische Konsequenzen für das Gesundheitssystem nach sich ziehen, soll ein vom Universitätsklinikum Freiburg koordiniertes EU-Projekt namens BURDEN (Burden of Resistance and Disease in European Nations) klären, an dem auch Klaus Kaier vom FZG beteiligt ist. Hauptziel dieses von der Europäischen Kommission finanzierten Projektes ist es, den Einfluss von Antibiotikaresistenzen auf Krankheitsverlauf, Sterblichkeit und die Kosten in europäischen Krankenhäusern zu bestimmen. Das Projekt BURDEN stellt die bislang umfangreichste Krankheitskostenstudie in diesem Bereich dar. ■ kk

FZG-Ergebnisse



Generationenbilanz 2008

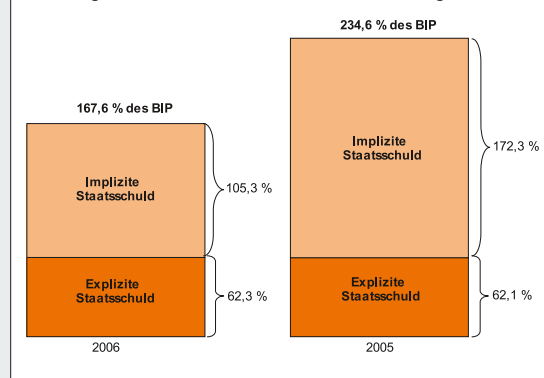
Generationenbilanz - Instrument zur Messung der fiskalischen Nachhaltigkeit

Das FZG erstellt jährlich eine Generationenbilanz. Die dabei angewandte Methode der Generationenbilanzierung ermöglicht es, die Fiskal- und Sozialpolitik auf ihre Nachhaltigkeit und generationsübergreifenden Verteilungswirkungen zu analysieren. Im Rahmen dieses intertemporalen Budgetierungssystems werden alle zukünftigen Zahlungen der Bürger an den Staat mit allen zukünftigen Leistungen des Staates im Barwert saldiert, wobei nur der Zeitraum nach dem zugrunde liegenden Basisjahr (hier: 2006) bei Fortführung der gegenwärtigen Politik betrachtet wird. Eine Politik kann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn die Nettosteuerzahlungen aller heute und in Zukunft lebenden Generationen ausreichen, um die bestehende Staatsschuld zu tilgen. Ist dies nicht der Fall, ergibt sich in der Generationenbilanzierung eine so genannte Nachhaltigkeitslücke. Im Gegensatz zu traditionellen Indikatoren staatlicher Aktivität (Budgetdefizit, Schuldenstand) umfasst die Nachhaltigkeitslücke auch implizite Zahlungsverpflichtungen, wie sie vor allem im Rahmen der umlagefinanzierten Sozialversicherungen auftreten. Mit anderen Worten zeigt die Nachhaltigkeitslücke, wie groß die Rücklagenbildung sein muss, damit das heutige Leistungsniveau auch für die Zukunft finanzierbar bleibt.

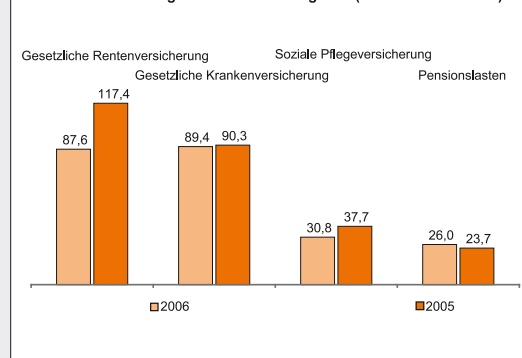
Trotz sprudelnder Steuereinnahmen - Nachhaltigkeitslücke von 4 Billionen Euro

Die seit 2006 angesprungene Konjunktur bescherte dem Staatshaushalt erfreuliche Mehreinnahmen. Zum ersten Mal seit knapp 40 Jahren wurde 2007 ein gesamtstaatlicher Überschuss generiert. Jedoch ist es problematisch, aus dieser konjunkturell bedingten Haushaltslage einen dauerhaften fiskalischen Handlungsspielraum abzuleiten. Die jüngsten Berechnungen der Generationenbilanz verdeutlichen, dass die Fiskalpolitik der Bundesregierung nach wie vor weit davon entfernt ist, auf langfristig tragfähigen Füßen zu stehen. Die Nachhaltigkeitslücke ist nach den neuesten Daten zwar geschrumpft und liegt bei nur noch knapp 4 Billionen Euro bzw. 168 % des BIP. Dieser Rückgang ist aber vor allem auf den konjunkturell bedingten überproportionalen Anstieg der Steuereinnahmen zurückzuführen. Insbesondere in den Sozialversicherungssystemen (Renten-, Kranken-, Pflegeversicherungen und Pensionslasten) sind jedoch nur geringe Verbesserungen zu beobachten. Eine Abkehr vom Reformeifer der Agenda 2010 wie zuletzt mit der Aussetzung des Riesterfaktors sowie der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist daher im Hinblick auf die nach wie vor deutliche Schiefelage der deutschen Fiskalpolitik nicht geboten.

Nachhaltigkeitslücken und -indikatoren im Jahresvergleich



Isolierte Nachhaltigkeitslücken im Vergleich (in Prozent des BIP)





FZG-Standpunkt



Armes Deutschland?

2008 ist bisher ein Jahr der Ernüchterung. Nach Rekord-Bundeshaushalt und Dax-Allzeithoch war 2007 aber auch schwer zu übertreffen. Jetzt dominieren Finanzkrise, Rekordölpreis, Rekordinflation die Tagespresse und die Große Koalition bereitet vor dem Hintergrund einer drohenden Rezession schon Wahlgeschenke vor. In schwierigen Zeiten sind einfache Antworten auf Probleme zwar populär, aber in ihren Konsequenzen meist gefährlich.

Zu denken gibt das offensichtlich schwindende Vertrauen der Deutschen in die Marktwirtschaft: Während nach einer Ipos-Umfrage im Jahr 2000 noch 70 Prozent davon überzeugt waren, dass sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt hat, sind es heute nur noch 52 Prozent – und das nach mehreren wirtschaftlich guten Jahren. Die Medien vermitteln häufig einfache Erklärungsmuster, die meist effektbetont präsentiert werden und in etwa so lauten: Die Globalisierung bedrohe deutsche Arbeitsplätze. Während der Aufschwung bei vielen nicht ankommt, streichen andere exorbitante Gehälter ein und Teile der Mittelschicht gleiten in Armut ab. Letzteres wird dann mit dem dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt, demzufolge jeder vierte Deutsche ohne staatliche Unterstützung arm wäre. Kein Wunder, dass bei solch beängstigenden Zahlen der Glaube an die Marktwirtschaft schwindet.

Doch die Zusammenhänge sind sehr viel komplexer als (Polit-)Magazine vermitteln. Zunächst ist festzustellen, dass Armut im Zusammenhang mit der Beschreibung der derzeitigen Situation in Deutschland ein eher ungeeigneter Begriff ist. Die Assoziation mit der dritten Welt verunsichert die Bevölkerung und beeinflusst natürlich auch die genannten Umfrageergebnisse. In Deutschland geht es aber nicht um ein Problem „absoluter“ Armut. Denn selbst bei geringem Einkommen sind

heute Waschmaschine, Fernseher und Computer erschwinglich. Auch ein Vergleich der Ausgabenstruktur eines Sozialhilfe- bzw. ALGII-Empfängers in den 1970er Jahren und heute zeigt, dass der Wohlstand in allen Bevölkerungsgruppen gestiegen ist. Gab der Sozialhilfeempfänger früher gut 50 Prozent des Budgets für Ernährung aus, sind es beim ALGII-Empfänger heute nur gut 30 Prozent. Für die Teilnahme am kulturellen Leben und sonstigen persönlichen Bedürfnissen standen früher etwa 20% des Budgets zur Verfügung, heute sind es 40%. In der aktuellen Diskussion geht es also um „relative“ Armut, die besser als Ungleichheit bezeichnet wird. Diese befindet sich trotz des jüngst dokumentierten Anstiegs noch im Rahmen der langfristigen Schwankungsbreite. Die empfundene Ungleichheit scheint derzeit größer zu sein, als die tatsächliche.

Natürlich ist gerade in Zeiten der Globalisierung Umverteilung notwendig, um die Globalisierungsverlierer, die es auch in Deutschland gibt, zu kompensieren und den sozialen Frieden zu sichern. In Deutschland wird jedoch trotz der im internationalen Vergleich generösen Sozialsysteme gemammert. Vielleicht geht es also gar nicht um eine monetäre Kompensation, sondern darum, dass Menschen wieder an eine Perspektive glauben – auf eigenen Beinen stehen zu können, statt vom Staat alimentiert zu werden. Der Bosch-Geschäftsführer Franz Fehrenbach formulierte kürzlich: „Nicht nur ein Unternehmen, auch unser Land braucht eine positive Idee, die Traditionen für die Zukunft neu justiert. Ein guter Ansatz ist die Rede von der "Bildungsrepublik Deutschland".“ Die positiven Effekte der Bildung auf das Wachstum sind dabei sekundär, denn auch wenn Deutschland so schnell wächst wie China, ändert dies nur etwas am Wohlstandsniveau, nicht aber an der Ungleichheit. Vielmehr geht es um die Durchlässigkeit der Gesellschaft, die v.a. durch

Bildung zu verbessern ist. Weil die Erträge der Bildung aber erst später (im Zweifel nach der nächsten Wahl) sichtbar werden, agiert die Politik lieber symptombezogen: Statt die Haushaltsstruktur zu Gunsten von (Bildungs-)Investitionen zu verändern wird der Riester-Faktor ausgesetzt, der Wiedereinstieg in die Kernenergie und die Einführung von Sozialtarifen beim Strom diskutiert. Rein und raus statt langfristiger Strategie – na toll. In dieser Hinsicht gilt tatsächlich: Armes Deutschland. ■js

FZG-Intern



Mit Dipl.-Theol, Dipl.-Vw. **Lucia Gaschick** sowie Dipl.-Vw. **Klaus Kaier**, Dipl.-Vw. **Christoph Müller** und Dipl.-Vw. **Tobias Benz** hat das FZG in diesem Jahr tatkräftige Verstärkung erhalten. Lucia Gaschick setzt sich im Rahmen ihrer Dissertation mit dem Thema Generationengerechtigkeit auseinander. Über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Antibiotika-Resistenzen promoviert Klaus Kaier. Christoph Müller – neben Lucia Gaschick und Klaus Kaier durch seine langjährige Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft vertraut mit dem FZG – verstärkt den Bereich Alterssicherung. Unterstützung für das Forschungsfeld Gesundheit findet das FZG mit Tobias Benz. Wir freuen uns auf eine produktive Zusammenarbeit.

Dr. Oliver Ehrentraut hat das FZG leider zum 1. Juni 2008 verlassen und eine Stelle bei der Prognos AG in Basel als Projektleiter Wirtschaft und Demografie angetreten. Wir wünschen ihm für seine berufliche Zukunft alles Gute.

Impressum:

Mit freundlicher Unterstützung des Vereins des Forschungszentrums Generationenverträge e.V. erscheint FZG aktuell zweimal jährlich.

Herausgeber: Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität, 79085 Freiburg i.Br. www.generationenvertraege.de

Direktor:
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
Redaktion:
Jörg Schoder, Tel.: 0761. 203 92 37
redaktion@generationenvertraege.de
Christoph Müller, Tel.: 0761.203 92 26
christoph.mueller@generationenvertraege.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars.

© Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg, 2008

Gestaltung: www.cc-werbeagentur.de

FZG-Publikationen



(download: www.generationenvertraege.de)

- Kaier, K., C. Hagist, U. Frank und E. Meyer (2008), Antimicrobial drug use, alcohol-based hand disinfection and the burden of methicillin-resistant Staphylococcus aureus – A time series approach at a German University Medical Center, Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität, 27.
- Hackmann, T. und S. Moog (2008), Älter gleich kränker? Auswirkungen des Zugewinns an Lebenserwartung auf die Pflegewahrscheinlichkeit, Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität, 26.
- Ehrentraut, O. und B. Raffelhüschen (2008), Demografischer Wandel und Betriebsrenten – Zur Berücksichtigung der längeren Lebenserwartung bei der Anpassung von Direktzusagen, Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge, Albert-Ludwigs-Universität, 25.